



**Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 09.06.2026
– Auszug aus Drucksache 19/12382 –**

**Frage Nummer 20
mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordneter
**Toni
Schuberl**
(BÜNDNIS
90/DIE GRÜ-
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, inwiefern hat sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder bereits öffentlich zu den Folttervorwürfen in der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen geäußert, inwiefern kommt in diesen etwaigen Äußerungen ein Bedauern des Ministerpräsidenten im Hinblick auf das Leid, das den Opfern zugefügt worden ist, zum Ausdruck und inwiefern ist seitens der Staatsregierung eine offizielle Entschuldigung und/oder Entschädigung an die Opfer geplant?

Antwort des Staatsministeriums der Justiz

Innerhalb der Staatsregierung ist nach dem Ressortprinzip das Staatsministerium der Justiz für die Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten zuständig. Staatsminister Georg Eisenreich hat sich zu den Vorwürfen gegen Bedienstete der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen schon vielfach mündlich und schriftlich gegenüber dem Landtag geäußert und in seinem Bericht in der 15. Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration am 7. November 2024 angekündigt, dass – sollten sich die Vorwürfe im Strafverfahren bewahrheiten – die Staatsregierung auf die Opfer eingehen werde.